



Bericht und Beschlussempfehlung

des Innen- und Rechtsausschuss

Stellungnahme in dem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht betr. Verfassungsbeschwerden gegen Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichtes, des Verwaltungsgerichtes Berlin und der Filmförderungsanstalt - AöR - zur Erhebung der Filmförderungsabgabe

Schreiben des Vorsitzenden des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 19. Oktober 2012 - Az. 2 BvR 1561/12 bis 1564/12

Der Innen- und Rechtsausschuss hat sich mit der oben bezeichneten Sache in seiner Sitzung am 21. November 2012 befasst.

Einstimmig empfiehlt er dem Landtag, wie folgt zu beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag gibt in dem oben genannten Verfahren keine Stellungnahme ab.

Barbara Ostmeier
Vorsitzende